

Den Standort  
umgebaut,  
Schneider

der wichtigen  
George auf  
Orion wegen  
„Ich glaube  
werden wir  
freiheit, und  
tten ein.  
unendliches Wohl  
Sicherheit, in  
sie doch so ge-  
ben kann. Als  
die Befestigung  
einen Zu-  
und Unter-

# Nachrichten für Naunhof

## Amtlicher Anzeiger



## Sächs. Landeszeitung

Illust. Sonntagsbeilage

Fernsprecher Nr. 2

für die Gemeinden Albrechtshain, Althen, Ammelshain, Belgershain, Beucha, Borsdorf, Eicha, Engelsdorf, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinsteenberg, Klinga, Köhra, Lindhardt, Pomßen, Seifertshain, Sommerfeld, Staudnitz, Threna u. c.

Ergebnis: wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, abends 6 Uhr. Bezugspreis vierfachl. 2 Mk. 10 Pf., monatl. 70 Pf., durch die Post bezogen inkl. der Postgebühren 2 Mk. 20 Pf. Anzeigenpreis: die lesegepaltene Zeitung 20 Pf., auswärts 25 Pf. Amtlicher Teil 40 Pf. Nachamezelle 50 Pf. Beilagegebühr pro Tausend 10 Mk. Annahme der Anzeigen bis 10 Uhr vorm. Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik, Ausperrung, Mobilmachung, Betriebsstillstand im Betrieb der Druckerei oder unserer Lieferanten hat der Verleger keinen Anspruch auf Erfüllung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Nr. 20.

Freitag, den 14. Februar 1919.

30. Jahrgang.

### Amtliches.

Die Bekanntmachung vom 11. Januar 1919 — Nr. 131 — wird, soweit sie Belastungseinschränkungen auspricht, aufgehoben; das Belebungsvorrecht bleibt bestehen.

Die einschränkenden Bestimmungen der Stadtverordneten, sowie etwa noch von den Verbrauensleuten der Geswerke zu treffenden Anordnungen werden dadurch nicht berührt.

Grimma, 12. Februar 1919.

No. 404

Die Amtshauptmannschaft.

3. V.: Dr. v. Schwarz.

Der Arbeiter- und Soldatenrat.

Ges. Schreiber.

### Zählung der milchgebenden und tragenden Ziegen.

Auf Grund der Verordnung des Wirtschaftsministeriums vom 29. Januar 1919 über den Verkehr mit Ziegenmilch und Ziegenködern wird folgendes angeordnet:

1. Wer milchgebende oder tragende Ziegen hält, ist verpflichtet, seiner Ortsbehörde bis zum 18. Februar anzugeben,

1. wieviel Personen sein Haushalt umfasst,

2. wieviel vollständig erwachsene Personen (Minder unter 6 Jahren, werdende und stillende Mütter, Kranke) darunter sind,

3. wieviel milchgebende Ziegen er hat,

4. wieviel tragende Ziegen er hat.

Wer mehr als drei milchgebende oder tragende Ziegen hält, hat außerdem anzugeben, ob und welche Mengen Ziegenmilch oder Ziegenködern er bisher an andere abgegeben hat und an wen.

II.

Die Ortsbehörden haben die Meldungen in Listen einzutragen, die ihnen noch zugehen werden und zwar getrennt nach Ziegenhaltern, die zugleich Kuhhalter sind, und solchen, die keine Rühe halten. Die Ortsbehörden haben nachzuprüfen, ob sämtliche Ziegenhalter der Gemeinde einschließlich des Gutsbezirks die Anmeldung bewilligt haben und ob die Meldungen den Tatsachen entsprechen.

Die Ortsbehörden haben diese Ziegenhalterlisten an den Milchausfluss abzugeben, eine Abschrift dieser Listen ist bis zum 25. Februar 1919 an den Bezirkverband einzureichen.

III.

Wer die Meldungen nicht oder unrichtig oder unvollständig oder nicht in der festgesetzten Form erstattet, kann nach § 5 der Bundesratsverordnung über Wissenspflicht vom 12. Juli 1917 (Reichs-Ges. Bl. S. 604) bestraft werden.

Grimma, den 12. Februar 1919.

Fe. 129.

Der Bezirksverband der Amtshauptmannschaft.

3. V.: Dr. v. Schwarz.

Der Arbeiter- und Soldatenrat.

Ges. Schreiber.

### Sitzung des Stadtgemeinderates

Freitag, den 14. Februar 1919 abends 1/8 Uhr.

#### Tagesordnung.

1. Bousachen a) Arnhold, b) Arnhold, c) Schneider d) Thieleme, e) Richter, f) Ulbricht.
2. Ergebnis über die Untersuchung des Leitungswassers.
3. Ausstellung einer neuen Geschäftsordnung.
4. Wahl eines Stadtrates.
5. Bestätigung der vom Arbeiterrate mit den Beigeordneten und vom Stadtrat geschafften Beschlüsse.
6. Erhebung der diesjährigen Kirchenanlagen.
7. Entschließung über Fortführung der Volksschule.
8. Verschaffung des Rathskellers.
9. Bewilligung der Kosten für die vorjährige Flurdewachung.
10. Gefüde um Weiterpachtung eines Feldgrundstückes an der Weststraße.
11. Abhaltung der Jahrmarkte in diesem Jahre.

### Ausgabe der Lebensmittelkarten

Die Ausgabe der Brot-, Fleisch- und Zucker-  
karten findet

Montag, den 15. Februar 1919  
im Rathausaal

für die Einwohner Naunhofs statt.

Die Karten werden ausgegeben

von 8 bis 10 Uhr vormittags

für die Einwohner der Badergasse, Bahnhofstraße, Bis-  
marckstraße, Görlitzerstraße, Großleinberger Straße, Kaiser-  
Wilhelm-Straße, Klingaer Straße, Lütherstraße, Markt,  
Melanchthonstraße, Mollstraße, Mühlstraße,

von 10 vormittags bis 12 Uhr mittags

für die Einwohner der Gartenstraße, Langestraße, Nord-  
straße, Oststraße, Parthenstraße, Schillerstraße, Schloss-  
straße, Schulstraße, Wiesenstraße,

von 12 Uhr mittags bis 2 Uhr nachmittags

für die Einwohner der Brandiser Straße, Breite Straße,  
Grimmauer Straße, Hainstraße, König-Albert-Straße,  
Körnerstraße, Kurze Straße, Leipziger Straße, Waldstraße,

Wasserwerk I und II, Weststraße, Wurzner Straße,  
selbständiger Gutsbezirk Staatsforstrevier Naunhof.

Die Haushaltungsvorstände werden aufgefordert, entweder selbst oder durch zuverlässige Personen, die Auskunft über die zur Haushaltung gehörigen Personen geben können, die Karten an der genannten Stelle zu entnehmen.

**Vorherige oder nachträgliche Abholung kann nicht stattfinden.**

Naunhof, am 13. Februar 1919.

Der Bürgermeister.

Der Arbeiterrat.

Willer.

Thiemann.

### Milch-Verkauf.

Bei Richard Kühne, Kaiser Wilhelm-Straße 24 und dem Konsum-Verein, Markt 9 wird Freitag, den 14. d. M. frische Schweizer Vollmilch ausgewogen verkauft. Auf jede Mark 11 der Gemeindelebensmittelkarten wird 1/4 Pfund zum Preise von 80 Pf. abgegeben.

Kuh- und Ziegenhalter sind ausgeschlossen. Wer das Abholen versäumt, verliert den Anspruch.

Naunhof, am 13. Februar 1919.

Der Bürgermeister.

Der Arbeiterrat.

Willer.

Thiemann.

### Reichspräsident Ebert.

Weimar, 11. Febr. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung wurde der Volksbeauftragte Ebert zum Präsidenten der deutschen Volksrepublik mit 277 Stimmen von 379 Abwesenden gewählt. 51 Abgeordnete enthielten sich der Abstimmung, 49 Stimmen fielen auf Graf Posadowsky, 2 Stimmen waren zerstreut. Ebert nahm die Wahl dankend an.

Drei Monate lang hat das Deutsche Reich, nach der erzwungenen Abdankung Wilhelms II. ohne Oberhaupt dagestanden. Wir hatten eine vorläufige Regierung, wir hatten aber keinen vorläufigen Regenten. Jetzt hat das Vertrauen der Nationalversammlung Herrn Ebert mit der Präsidentenwürde beliebt und damit einen einfachen Mann aus dem Volke an die Spitze des Reiches gestellt.

Nicht als Herren und Gebieter seines Reichs, weder als abhängige noch auch nur als konstitutionelle — die Seiten sind vorüber, wie man annehmen darf, endgültig vorüber. Der wahre Souverän des deutschen Volkes ist und bleibt fortan die Nationalversammlung, und die Ausübung der Macht ist in vollem Umfang in die Hände der Reichsregierung gelegt, die der Volksvertretung für ihr Tun und Dasselbe verantwortlich bleibt. Über was unter solchen, von Grund aus veränderten Beziehungen zwischen dem Reichsoberhaupt und dem Deutschen Reich verbleibt, dessen unbedingt notwendig ist. Das Haus, in dem der Reichspräsident in Berlin seinen Wohnsitz nehmen wird, ist noch nicht bestimmt. Die Meldung, daß das Schloß Bellevue bereits dazu ausgerufen sei, ist falsch. Den Ministerpräsidenten wird die bisherige Reichskanzlei aufnehmen, und auch die übrigen Reichsämter bleiben in der Hauptstadt, wo sie sind.

### Scheidemann Ministerpräsident.

Weimar, 11. Febr. Nach seiner Wahl zum Präsidenten der deutschen Volksrepublik ernannte Ebert den bisherigen Volksbeauftragten zum Ministerpräsidenten und beauftragte ihn mit der Bildung eines Kabinetts. Scheidemann ging sofort an die Ausführung des Auftrages, und es wird angenommen, daß spätestens morgen das Reichsministerium gebildet sein wird.

Weimar, 11. Febr. Die Sivilliste des neuen Präsidenten soll eine Million Mark jährlich bekringen. Als Wohnung des Präsidenten wird das Schloß Bellevue in Berlin bezeichnet.

### Für unsere Kriegsgefangenen.

Weimar, 11. Febr. Der Nationalversammlung ist folgender von Mitgliedern aller Parteien unterschriebener Antrag angetragen:

„Die deutsche Nationalversammlung erhebt Einspruch gegen die Zurückhaltung von Kriegs- und Büssigefangenen. Die Gefangenen der Alliierten sind ihrer Heimat zurückgegeben. Es ist eine Forderung der Menschlichkeit und Gerechtigkeit, daß auch die Leidenszeit der deutschen Kriegsgefangenen schleunigt beendet wird. Die Nationalversammlung ruft die Neutralen und das Gewissen der ganzen Welt auf, sich mit ihr zu vereinigen in der Forderung, den Gefangenen die Heimat, den Familien den Gatten und Vater zurückzugeben, die jahrzehnt von den Angehörigen getrennt, mit Ungebühr die Erlösung aus der Gefangenheit erwarten.“

Die deutsche Nationalversammlung sendet den Grüßen jenseits der Grenze den Gruss der Heimat zu.

### Die Notverfassung.

Die Arbeiten der Nationalversammlung.

mt. Weimar, 11. Februar.

Der heutige Tag war ein vielversprechender Auftakt für die praktischen Arbeiten der Nationalversammlung. Die heutige Präsidentenwahl in Verbindung mit der gestrigen Annahme des Notverfassungsgesetzes hat dem Reiche eine feste Grundlage gegeben, hat die verfassungsmäßig verantwortlichen und vor allem die verhandlungsfähigen Faktoren sichergestellt — die Übergangszeit mit ihren Gelegenheiten des augenblicklichen Bedarfs ist beendet, der Verordnungsfreudigkeit mancher US-Räte ist ein Damm gesetzt worden. Und was besonders erfreulich



auch das soll auf einen echten und wahren Volksmann übertragen werden, damit die Einheit des Volkes und Denkens, die Geschlossenheit des Wollens und Handelns unter allen Umständen gewahrt wird. So ist die erste Wahl eines Präsidenten für den neuen deutschen Volksstaat auf den Führer der Sozialdemokratie gefallen. Ein Mann, dem selbst seine Freunde zwar keine überragenden Eigenschaften erkennen, dessen unbedingte Zuverlässigkeit, dessen mahvolles Wesen, dessen selbstlose Ungeheuerlichkeit aber von allen, die ihn kennen, noch Gebühr geschahrt werden. Kein fiktiver Glanz, kein höfisches Gepränge wird ihm umgeben, wenn er jetzt vom Platz des Ministerpräsidenten auf den Sessel des Reichspräsidenten hinaufsteigt. Aber nach diesen äußeren Anzeichen von Macht und Ansehen trägt das deutsche Volk auch gar kein Verlangen mehr. Was es will, ist treue, redliche Arbeit zum Wohle des Landes; ein gutes Vorbild für Amt und Reich, für Hoch und Niedrig; eine sichere Bürgschaft für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, die wir bis jetzt vielfach nur auf dem Papier, nicht aber in der Wirklichkeit des Lebens besaßen. Präsident Ebert kennt dieses Sehnen des Volkes und er wird gewiß seine ganze Kraft dafür einlegen, um ihm gerecht zu werden.

on der getragten Sitzung ist, daß die Verfassung, trotz mancher Bedenken und mancher Einwürfe schließlich einstimmig beschloß, daß die eben angenommene Verfassung sofort in Kraft treten solle. In diesem ersten Augenblick sah die Welt zum erstenmal seit dem 4. August 1914 das ganze deutsche Volk vertreten durch seine Erwählten ein. Das wird seinen Eindruck auf das Ausland nicht verschleiern.

Auf lange gründliche verfassungsbefähige Abstimmungen konnte das Haus um so eher verzichten, als es sich bei dem zur Beratung stehenden Gesetz wie erwähnt nicht um die endgültige Reichsverfassung, sondern nur um die Schaffung einer vorläufigen Reichsgewalt handelt. In der allgemeinen Aussprache befürworteten sich die Parteien daher auf kurze Erklärungen, in denen sie trotz mancher Bedenken im einzelnen unter Hinweis auf weitere schwierige innere und äußere Lage und unter besonderer Berücksichtigung des unmittelbar bevorstehenden Beginns der neuen Waffenstillstandsverhandlungen ihre Zustimmung zu der Vorlage erklärten. Diese Parteierklärungen wurden mit lauten Beifallsbekundungen begleitet, denn aus ihnen ging, trotz weitgehender Meinungsverschiedenheiten in wichtigen Fragen, der feste Willen aller prochenen Parteien hervor, sich auf dem Boden der neuen Ordnung zu gemeinsamer Arbeit im Dienste unseres Volkes zusammenzufinden.

Zwei Ausnahmen waren zu verzeichnen. Einmal war es der bayerische Bauernblätter Dr. Heim, der im Gegenzug zu der Mehrheit des Zentrums sich gegen den Entwurf erklärte, und außerdem färmte die äußerste Linke unter der Führung der Herren Haase und Dr. Gobn gegen den Entwurf, den sie mit einer Fülle schwieriger und auf alle Fälle einer gründlichen Durchberatung bedürftiger Änderungen zu beenden suchten. Herr Gobn, der im übrigen sehr ruhig sprach, machte in seinem Antritt gegen den Entwurf einmal ein recht gefährliches Angebot, indem er sagte: „Ich möchte meinen Kopf dafür eingesetzen, daß die Vaterländisch...“ Wie aus der Pistole geschossen, flog hier der Begriff aus dem Hause: „Der mit dem Kopf!“ in die schöne Konstruktion des Redners, und er kann keinen Satz im anschwellenden Geächter nicht beenden. Es ist auch nicht vorstellbar, denn die Wehrheit bleibt trotz des Gnadenlosen Selbstauflösungsversuchs fest in der Erwägung, daß im jetzigen Augenblick alles darauf ankommt, schnell Arbeit zu leisten.

Bei einer längeren Aussprache führte lediglich ein Antrag der Unabhängigen, der schon in dem jetzigen Notgesetz die Abschaffung aller Geheimverträge aussprechen wollte. Das ganze Haus war sich einig in dem Ziel, daß dieser Antrag verfolgt, nämlich in der Befestigung der Geheimdiplomatie. Über das kann, soll das Deutsche Reich nicht durch einen voreiligen und einseitig gefassten Beschluss ungünstiger gestellt werden als irgendein anderes Land, nur in der Weise geschehen, daß durch den Bündnis allen Staaten der Abschluß von Geheimverträgen untersagt wird. Diesen einzigen Weg schlägt der Entwurf der Regierung ein und ihn trat auch die überwältigende Mehrheit des Hauses bei.

Gewiß ihrer wiederholten Zusage legte die bisherige Regierung nach Annahme des Verfassungsentwurfs mit einer Erklärung des Volksbeauftragten Scheidemann ihre Mandate in die Hände der Nationalversammlung. Auf Wunsch des Hauses führen die Volksbeauftragten die Geschäfte weiter bis zur Ernennung der neuen Regierung, die wahrscheinlich noch heute vom Reichspräsidenten vollzogen werden wird. Heute steht lediglich die Wahl des provisorischen Reichsoberhauses auf der Tagesordnung. Man ist sich darüber einig, daß der Überfall Wahl schnell vollzogen wird, damit das neue Reichsoberhaus noch heute die verfassungsmäßige Regierung berufen kann. Herr Scheidemann, der das Kabinett zu bilden haben wird, dürfte schnell damit zustande kommen, da die Verhandlungen der Parteien zu einer vollen Einigung über die Unterbesetzung geführt haben. Die Nationalversammlung arbeitet in der Tat vorbildlich.

## Politische Rundschau.

### Deutsches Reich.

• Gefährliche Lage in Danzig. Die politischen Verhältnisse in Danzig und ganz Westpreußen haben sich tatsächlich ausgewirkt. Die immer ernster werdende Polenfrage, die Stolzenknot und die Frage der Regezung der Kommandogewalt haben die Spannung der Gewitter aufs äußerste getrieben. Die Arbeiterschaft der Eisenwerksstätten droht mit Sturm auf den Hakenberg, wenn die dort gebildete Studentenrebe nicht sofort aufgelöst wird und mit Eisenbahnstrecke in ganz Westpreußen. Die Regezung der Kommandogewalt lehnen die US-Ärzte der Provinz ab und bleiben im dauernden Gegenatz zum Generalkommando in Fragen des Grenzsicherung.

• Ein protestierender Soldatenrat. Der Generalsoldatenrat des 7. A. K. in Münster will die Verfügung der Regierung über die Kommandogewalt nicht anerkennen. Er erklärt, die Kommandogewalt liege in den Händen des Generalsoldatenrates. Einzubringen dürfen nicht mehr erfolgen. Rangabzeichen sind sofort zu entfernen. Vor Ausführung der Verfügungen im Armees-Verordnungsblatt ist jedesmal die Stellungnahme des Korps-Verordnungsblattes abzuwarten. Im Bereich des 7. Armeekorps darf kein Freiwilligenbataillon gebildet werden; jede Werbetaftigkeit ist zu unterbinden. Die Abreise von Freiwilligen ist zu verhindern. Der kommandierende General des 7. Korps hat die Reichsregierung um militärischen Schutz gegen die Durchführung der Beschlüsse des Generalsoldatenrats gebeten. Dieser militärische Schutz ist in Münster eingetroffen.

• Der Braunschweiger Landtag ist nun endlich eröffnet worden. Für die provisorische Regierung verläßt der Oskar-Schütz eine Erklärung, die die Unterordnung des Landtages unter die US-Ärzte fordert, wogegen die Mehrheit des Landtages mit Entschiedenheit protestierte.

• Die Säuberung Cuxhaven ist die nächste Aufgabe der Division Gerstenberg, da sich dorthin ein großer Teil der aus Bremen geflüchteten Sozialisten zurückgesogen hat. Der Cuxhaven Soldatenrat ist in seiner Gesamtheit bereits aufmarschiert.

• Kein Reichssoldatenrat. In der Sitzung des Berliner Zentralrats wurde unter anderem ein Schreiben der Delegierten der Korps-Soldatenräte beraten, in welchem eine große Anzahl Forderungen formuliert waren, vor allem die Schaffung eines Reichs-Soldatenrats, die der Zentralrat in dieser Form als unverfügbar ablehnen mußte.

• Der preußische Verfassungsentwurf ist nunmehr fertiggestellt und wird der konstituierenden Landesversamm-

lung unterbreitet werden, deren Einberufung noch in Laufe dieses Monats mit Sicherheit erfolgen dürfte. Der Entwurf sieht ein Einkommensystem und einen besonderen Staatspräsidenten vor. Er ist auf breitester demokratischer Grundlage aufgebaut und enthält alle die Bestimmungen, die die Gewähr dafür bieten, daß die Regierung das ausführende Organ des Willens des Volkes ist.

### Rumänien.

• Demonstration gegen den König. Am Samstag fanden erneute Demonstrationen der Arbeiterschaft statt, die einen durchweg revolutionären Charakter trugen. Als der Strom der Massen in die Victoriastraße einbog, fuhr der König im Automobil vorbei. Die Demonstranten warfen mit Steinen nach dem Auto und schrien: „Nieder mit dem König! Hoch die Republik! Es lebe die befreende Kraft des Proletariats!“ Erst als Truppen einschritten, gelang es, die Massen auseinander zu treiben.

### Polen.

• Die Wahlen zur Konstituante haben folgendes Ergebnis in Kongresspolen gebracht: Erklärte Anhänger der Nationaldemokratie 16 — andere nationalistische Vertreter, die mit der Nationaldemokratie zusammengegangen sind, 91 — der nationale Arbeiterbund 8 — die Arbeitergruppe des Geistlichen Blizinski 11 — die volkspartei Gruppe Witold 2 — Witold 8 — die Polesische Thugutta 32 — die P. P. S. 18 — Juden 8 — Deutsche 2.

### Aus In- und Ausland.

Berlin. Die in die Presse gelangte Mitteilung von der Vorbereitung eines Alkoholgelebtes berührte auf einem Mißverständnis.

Brandenburg. Anfolge eines geplanten Angriffs der Elbinger und Danziger Sozialisten auf den Marienburger Bahnhof, wo das Wallerwerk gehörig werden sollte, traten die Marienburger Bahnhofbeamten in den Streit.

Berlin. Bei den Durchsuchungen nach Waffen wurden neben zahlreichen Gewehren und Revolvern nicht weniger als 112 Maschinengewehre gefunden.

Kolberg. Das Große Hauptquartier ist nunmehr nach hier verlegt worden.

Weimar. Der Rat der Volksbeauftragten hat die Vorlage über Bildung eines neuen Reichsheeres verabschiedet. Die Friedensstärke des neuen Reichsheeres soll 250 000 Mann betragen.

Berlin. Bei den Durchsuchungen nach Waffen wurden neben zahlreichen Gewehren und Revolvern nicht weniger als 112 Maschinengewehre gefunden.

Wittenberg. Das Große Hauptquartier ist nunmehr nach hier verlegt worden.

Weimar. Der Rat der Volksbeauftragten hat die Vorlage über Bildung eines neuen Reichsheeres verabschiedet. Die Friedensstärke des neuen Reichsheeres soll 250 000 Mann betragen.

### Noch keine Lebensmittel.

Die Entente macht neue Schwierigkeiten.

Berlin, 11. Februar.  
Die Waffenstillstandskommission gibt bekannt: Zwischen ist der Bericht über die Verhandlungen der ebenfalls im Spoo tagenden Unterkommission für die Errichtung des Schiffahrtsabkommen eingelaufen. Aus ihm ergibt sich, daß die Entente ihre Bedingungen weiter verstärkt, so daß sich bis jetzt keine Einigung hat erzielen lassen. Die mündlichen Verhandlungen sind zunächst abgebrochen. Unter diesen Umständen blieben die Aussichten für unsere Lebensmittelversorgung nach wie vor höchst unsicher.

### Unsere Gefangenen in Rußland.

Im ganzen 45000 Mann.

Berlin, 11. Februar.  
Wie von amtlicher Seite mitgeteilt wird, beträgt die Anzahl der jetzt noch in Rußland befindlichen deutschen Gefangenen 45000. Davon befinden sich 40000 in Sibirien, darunter 400 Offiziere und 16000 Mannschaften. Der Rest besteht aus Soldaten. In die „Rote Garde“ sind mehrere tausend Deutsche eingetreten, teils aus Sympathie für die bolschewistischen Betreibungen, teils aus Not und Hunger oder auch durch die Lohnung der hohen Löhnung. In den nichtbolschewistischen Teilen Russlands werden die deutschen Gefangenen rücksichtsvoll behandelt und für weitgehende Fürsorge wird auch von der Heimat aus Sorge getragen. Das amerikanische Rot-Kreuz bemüht sich um die Vermittlung schriftlichen Vertrages. Über die Entsendung von deutschen Vertretern zur Gefangenenträger schwanken Verhandlungen.

Über die Anzahl der nach Japan entstandenen deutschen Gefangenen will die Schweiz Ermittlungen anstellen, mit Japan hat sich eine entsprechende Vereinbarung bisher nicht erzielen lassen.

### Schwere Gefechte bei Nakel.

Polnische Festungslinien.

Berlin, 11. Februar.  
Den Schutz der Stadt Nakel, die unter schwerem Artillerieschlag liegt, hat das Freikorps Brücklow übernommen, welches am 5. Februar Berlin verlassen hat. Das Korps sichert augenblicklich die Stadt und die umliegenden Ortschaften und steht in engster Führung mit dem Heinde, welcher über gut ausgebildete, wohldisziplinierte Infanterietruppen verfügt. Einschläge der polnischen Artillerie erfolgen hauptsächlich am Bahnhof und auf dem Marktplan, doch erwähnt die Artillerie des Freikorps nunmehr das Feuer. Augenblicklich muß man mit einem kräftigen Vorstoß der Polen rechnen. Die Obbahnhoflinie ist auf das schwere bedroht, wenn es den Polen gelingt, Nakel einzunehmen.

Das Verhalten der Polen, selbst Verwundeten gegenüber, ist von diebstädtischer Robheit. In einem Gefecht bei Kosko, das bei dem Korps Brücklow über 100 Mann Verluste forderte, haben die Polen selbst Krankenträger und Verwundete in bestialischer Weise niedergemacht.

Sturm auf Barne und Barnowa.

Bei L. D. K. Süd werden von allen Abzweiglinien Zusammenfälle mit den Polen gemeldet. Bei Barne wurde der beobachtete Gegenangriff auf die noch in Feindhand verbliebenen Dörfer Barne und Barnowa mit Erfolg durchgeführt. Beide Dörfer wurden durch das Jägerbataillon Mönchshain und das Pionierbataillon 5 unter Mitwirkung von Begleitbatterien und Beifalls-Banzerzügen genommen. Neudorf, Miroblau und Schönendorf wurden von uns besetzt. Bei Margonim erfolgte die Befreiung. Der Recke-Brückenkopf bei Steinburg südlich Rostock wurde von den Polen genommen. Südwestlich Bromberg wurden unsere Truppen hinter den Oder-Recke-Kanal zurückgesetzt. Feindliche Besetzung, beiderseits der Straße Nehewald-Bromberg den Kanal zu überschreiten, scheiterten.

### Deutscher Protest an die Entente.

Das deutsche Auswärtige Amt hat an die Alliierten eine Note gerichtet, in der mit Entschiedenheit gegen das Verhalten der Polen protestiert wird. In der Note heißt es: „Ihresseits hat die deutsche Regierung nie beabsichtigt, gewaltam gegen Reichsangehörige polnischen Stammes vorgehen. Es ist bekannt, daß es die polnischen Bewohner der preußischen Provinzen gewesen sind, die

zum Teil unter Druck ihres Fahneneides die Waffen gegen die Regierung erhoben und Staatsbehörden abgefeuert haben. Gegen solche aufzäuberischen Angriffe vorzugehen, muß sich die deutsche Regierung so lange vorbehalten, bis alle bewaffneten polnischen Formationen aus dem jewigen Reichsgebiet entfernt sind. Bis zur Entscheidung der Friedenskonferenz lehnt Deutschland eine Weisung seines Gegner wider das Verhalten seiner Behörden in diesen Gebieten ab.“

### Die Russen dicht bei Memel.

Schandtaten im Baltikum.

Königsberg, 11. Februar.

Die Bolschewisten haben das östlich von Memel gelegene Telezje genommen. Die Stadt wurde von einer 200 Mann starken Abteilung mit Maschinengewehren besetzt. Weitere 4000 sollen anrücken. Die Bolschewisten von Ludnicki und den Dörfern der Umgebung wurden geschlossen zum Eingeringen nach Schauen transportiert. Die Bolschewisten erließen Manifeste, die besagen, daß in Litauen der Bolschewismus genau so eingeführt werde wie in Rußland. In Saulk, nordöstlich Mitau, rückte das dritte lettische Bataillon ein. Heimlich gefilmte Personen der Umgebung wurden verhaftet und nach Saulk geföhrt. Die Batterie Bielenstein aus Altadren und von Illob aus Peterhof wurden eröffnet. In Eifer wurden 123 wohlhabende deutsch sprechende Leute festgenommen. 63 von ihnen sollen am nächsten Tage in Saulk erschossen werden. Auch mehrere Letten, die während der deutschen Befreiung das Sint des Gemeindewerths verloren, wurden erschossen. Die Truppen dienten, sie seien von Lenin geführt, um sich mit der deutschen Spartakusgruppe zu vereinigen.

### Bolschewismus und Demokratie.

Von der Sozialistenkonferenz.

Bern, 11. Februar.

Auf der Internationalen Sozialistenkonferenz legte Branting eine Entschließung vor, in der es heißt: Die Konferenz steht nach wie vor auf dem Boden der Demokratie, die auf der Freiheit in Rede und Schrift, auf dem gleichen allgemeinen Wahlrecht und der Koalitionsfreiheit beruht. Die Sozialisierung der Betriebe muß planmäßig erfolgen; die willkürliche Übernahme einzelner Betriebe durch kleine Gruppen von Arbeitern ist nicht als Sozialisierung anzusehen. Eine sozialistische Entwicklung ist nur dann durchführbar, wenn sie von vornherein die Wehrheit des Volkes hinter sich hat. Neben Verlust zur Diktatur eines kleinen Teils des Proletariats ist der sozialistischen Entwicklung gefährlich.

### Der Hungertod des Proletariats.

Der deutsche Sozialist Bernstein erklärte auf der Konferenz unter allgemeinem Beifall, für England und Frankreich sei der Bolschewismus nur eine theoretische Frage, für Deutschland aber eine praktische Frage, von der Leben und Tod der deutschen Republik abhänge. Der Bolschewismus könne nicht mit dem Proletariat und der Revolution identifiziert werden. Bernstein ist erstaunt, daß die Internationale nicht darauf hinweist, daß die Bolschewisten alles getan hätten, was die reaktionäre Regierung nicht getan habe. Der Bolschewismus sei der Tod der Erinnerungen der Revolution. Das hätten die eigenen Berichte der Bolschewisten erkennen lassen. Der Bolschewismus habe die Korruption in Rußland eingeführt und wolle sie auch in die Internationale einführen, wie er es schon in Deutschland getan habe. Der Sozialismus dürfe in keiner Weise mit dem Bolschewismus zusammenarbeiten, da er, und das gelte besonders für das industrielle Deutschland, den Hungertod des Proletariats bedeutet.

### Staatsbankrott?

Seine Wirkung auf den einzelnen Bürger.

Dieser Tage ging eine Meldung durch einen Teil der Presse, die gar nicht stark genug unterstrichen werden kann. In einer Sitzung der einzelfestlichen Finanzminister sprach der Vertreter Preußens, Dr. Südekum, direkt von einem bevorstehenden Staatsbankrott. Er sagte ferner, es könnte dahin kommen, daß wir alle unser Einkommen restlos dem Staat geben müßten. Dem Einzelnen werde nur ein Teil davon nach Bedürfnis und Würde zur Verfügung gestellt werden.

Zu dieser düsteren Zukunftsaussicht schreibt uns ein bekannter deutscher Volksarzt: Man wird zunächst die Hoffnung nicht aufgeben dürfen, daß die weiten Arbeiterkreise doch noch rechtzeitig zur Befreiung kommen, deren Verhalten heute, am meisten zu weiteren Verschlechterung unserer Wirtschafts- und Finanzlage beiträgt. Man wird sich aber andererseits doch ernsthaft mit der Frage beschäftigen müssen, wie ein solcher Staatsbankrott auf den einzelnen Staatsbürgern einprägt.

In diesem Hinsicht schreibt uns ein bekannter Staatsbankrot, weniger weittragend, als der Südkreisbankrott. Der eigentliche Staatsbankrott kann in sehr leichten Fällen sowohl geben, daß der Staat wie ein beliebiger anderer Schuldner seine Zahlungen völlig einstellt, d. h. also: geleistete Waren und geleistete Dienste (Beamtengehalt etc.) nicht bezahlt und auch die Zinsen auf die Staatschuld umbbezahlt läßt. In den häufigeren Fällen dieser Art wird nur die Zahlung der Zinsen auf die Staatschuld eingestellt oder — sei es durch Heraufsetzung des Zinsfußes, sei es durch eine hohe Zinsabschöpfung — willkürlich herabgesetzt. Im zweiten Falle lebt der Staat den Geldgeboten der Währungsmächte, der d. h. also, er bestimmt, wie zum Beispiel im Rückland der achtzig Jahre, daß der Rubel nur noch „x“, des Gewichts in Gold haben soll wie vorher. Das bedeutet, daß jemand, der z. B. eine Schuld aufgenommen hat, für die er jene 600 Gramm Goldmünzen abzugeben hat, nur noch 400 Gramm Goldmünzen zurückzuzahlen braucht, denn diese 400 Gramm bedeuten jetzt ebenso viel Währungsgeld, wie früher die 600 Gramm.

In diesen Fällen gilt die erstmals bildete Form, der eigentlich Staatsbankrott, weniger weittragend, als der Südkreisbankrott. Der eigentliche Staatsbankrott vertritt den Wert aller Forderungen an den Staat in gleicher Weise, wie das bei einem Zwangsverkauf der Staatschuldner geschieht. Der Kreis der Schuldigten ist natürlich wesentlich größer: er umfaßt einen großen Teil der gesamten Einwohnerchaft des gesamten Staates und bedeutet insfern eine gewaltige soziale Umwidlung, als alle diejenigen, die Schuldigten des Staates haben, gewaltige Teile ihres Vermögens einzubilden, während diejenigen, deren Vermögen aus anderen Gütern besteht, in der Hoffnung die Bevölkerung von Grund und Boden, Häusern, Fabriken und Industriewerten ebenso reich werden, wie vorher, d. h. also, im Verhältnis ganz wesentlich reicher werden.

Im zweiten Falle, beim Währungsbankrott, liegen die schädlichen Folgen weniger auf der Hand, sind aber noch weit urtheilbar und überraschend. Hier findet durch die Heraufsetzung des Wertes der einzelnen Währungsmünze eine riesige Begünstigung sämtlicher Schuldner zu Kosten aller überwiegend vorhandenen Städte und Städte. Das zeigt das eingangs geschilderte Beispiel klar. Auch hier wieder verringert sich nur das Vermögen derjenigen Leute, deren Volk aus Forderungsrechten besteht, die gleichen Kreise aber wie beim ersten Falle, d. h. also im wesentlichen die Bevölkerung von Grund und Boden, Häusern, Fabriken und Industriewerten bilden.

wiederum nicht entsprechend seinem Goldgehalt in Rußland war, so wurde die Währungswerte waren, d. h. also, in Weltmarktpreis halbiert.

Um noch herort wird

Forderungen

an die

und dieser

Geheimzettel

wiederum nichts von ihrem Vermögen ein, und dieses liegt buchmäßig aufspredend der Vergrößerung des Wertes der Währungsmitnahmen in seinem Goldwerte. Mit anderen Worten: wenn in den erwähnten Zeiten in Aukrug ein Bauer auf 20 000 Rubel oder Münze wert war, so war es nach der Vergrößerung des Rubelwertes 30 000 neue Rubel wert. Die Schädigung aller derjenigen, die Aukrugsfunde irgend welcher Art haben, ist wie erwähnt, beim Währungsbanknoten wesentlich höhergegangen als beim eigentlichen Staatsbanknoten. Geht den Fall, das Deutsche Reich hätte sich gewünscht, den Betragshalt der Mark auf die Hölle herabzuziehen, so hätte dies nichts anderes als das, was jeder der bisher über ein Vermögen von 40 000 Mark verfügte, zwar dem Namen nach ebenso viel erhielt, während aber diese 40 000 Mark früher in runder Summe 2 000 Pfund Sterling wert waren, was sie später nur noch 1 000 Pfund Sterling wert, d. h. also, man kann mit der entwerteten Münze zunächst auf dem Weltmarkt im Auslande sehr bald aber auch im Innlande nur noch Goldspiegel kaufen, wie schwarz.

Um nochmals zusammenzufassen: Beim eigentlichen Staatsbanknoten wird einem Teile des Volkes, und zwar allen denjenigen, die Forderungen an den Staat haben, also z. B. Staats- oder Reichsmünzen besitzen, ein Teil dieser Forderungen für ungültig erklärt und dieser Volksteil wird dadurch ärmer und weniger haushaltfähig. Beim Währungsbanknoten ist das gleich mit allen denen der Fall, die überhaupt Forderungen im Innlande aufgestellt haben. Eine derartige Vergrößerung der Kaufkraft weiterer Kreise im Innlande bedeutet in ihrer Wirkung eine gewaltsame Verarmung des inneren Marktes, eine Schädigung der Kaufkraft der breiten Massen und deren Aufnahmefähigkeit für alle Gegenstände, die man überhaupt erwirbt. Das dies auf Industrie und Handel in höchstem Maße zurückwirkt muß, ist selbstverständlich.

L. H.

### Bezirksauschusssitzung in Grimma.

An der am 10. Februar 1919 unter dem Vortheile des Regierungspräsidenten Dr. v. Schwarz abgehaltenen 3. diesjährigen Sitzung des Bezirksausschusses nahmen dessen sämtliche Mitglieder und als Beobachter Reg.-Rat Dr. Benecke, sowie die Herrenen Pöhl und Dade und die beiden Volkskommisare Gey und Schreiber teil.

Genehmigt wurden die Satzung über Errichtung einer Freibank im Kreis Nachfrage zum Ortsgebiet für Vorsorten über die Wahl von Gemeindewertern und zur Satzung über Gewährung des notdürftigen Unterhalts der Bevölkerung im zusammengehenden Gebietsteil Großdorau-Großdothen, sowie Entschied aus Falckenstein, Hohberg und Naundorf um Ausnahmedienstleistungen zu Gründlichkeit abstimmen. Dem Vereine für Krankenpflege der Kirchspiel Schönbach wurde auch für 1919 eine Beihilfe bewilligt. Weiter wurde eine Beihilfe gewährt zu den Kosten der Unterhaltung des Schulungs- und Kinderheims in Brandis. Den Vorschlägen des Amtshauptmannschaft wurde zugestimmt wegen der Verstellung der Staatsbehörden für Wegebau für 1919 und der Bewilligung der für gute Ergebnisse der Brennholzammlung von einem Rittergutsbesitzer aus für 1918 ausgeleisteten Belohnungen. Nach einem Bericht des Kommerzienrates Boehler über die in Aussicht genommene Aenderung der Satzung der Kreditanstalt jüdischer Gemeinden, der der Bezirk als Mitglied angehört, wurde beschlossen, der Bezirksversammlung zu empfehlen, auch nach erfolgter Satzungsänderung die Mitgliedschaft beizubehalten. Hingegen wurde beschlossen, sich an der etwa vom Staate geplanten Errichtung von Kraftwagenkiosken zunächst nicht zu beteiligen. Die Einführung einer Tantieme — als Bezirksabgabe — soll nach Einvernehmen mit den Stadträten im Bezirk dem Bezirkstage nach dem Vorgehen einiger anderer Amtshauptmannschaften gegebenenfalls empfohlen werden. Wegen der angesetzten Auflösung eines Bezirksholzbaumwärters werden vor endgültiger Auflösung noch weitere Erörterungen ange stellt werden. Kenntnis wurde genommen von einem Berichte über die Kohlenversorgung und davon, daß den Gemeinden des Bezirkes zwecks geordneter Durchführung von Nachschüssen zum Schutz der Ortsicherheit besonders in den kommenden Monaten — die Aufstellung von ortspolizeilichen Bestimmungen nach einheitlichem Muster von der Amtshauptmannschaft empfohlen worden sei. Das den Berichten über die Kohlenversorgung ist besonders zu erwähnen, daß eine regelmäßige und bestere Belieferung der Kohlenbezugsstätte und -Karten mit Rücksicht auf die geforderten geringeren Mengen, die Verkürzung der Arbeitszeit, die Arbeitszeitverlängerungen in großen Abhängen und nicht zuletzt in dem Rückgang der Bevölkerungsmöglichkeit mit den Eisenbahnen auch in der nächsten Zeit leider nicht zu erwarten seien. Endlich wurden die Linien der König Albert-Bezirksleitung auf 1918 an bedürftige Ortsarmenverbände des Bezirks — als Beihilfen zu den Kosten der Unterbringung von Personen in der Bezirksschule — vorschlagsgemäß verteilt.

Aus dem die Lebensmittelversorgung betr. Teile der Beratungen ist folgendes zu erwähnen: Kenntnis nahm der Ausschuss von Berichten über den Stand der Wohnnahmen zur strengeren Erfassung von Milch und Butter, über die Kartoffelversorgung und über die Zusammensetzung der Fleischwaren, die von den Oberbehörden fortgeführt werden. Aus dem Berichte über die Kartoffelversorgung ist hervorgehoben, daß die Weigerung gewisser Kreise im Bezirk, die über die verabschiebte Kartoffelverbrauchsmenge hinausgehende Menge Speisekartoffeln abzugeben —, besonders in der gegenwärtigen Kälteperiode — wohl verständlich sei, daß auf der Abgabe im Interesse einer sofortigen ausreichenden Belieferung der Großstadt, besonders Leipzigs, mit Speisekartoffeln nach den Anordnungen der Oberbehörden jedoch unbedingt bestanden werden müsse. Von den vom Landeslebensmittelamt erlassenen Bestimmungen über den Verkehr mit Ziegeln und Ziegelsäcken wurde Kenntnis genommen und die Amtshauptmannschaft zum Erlassen der nötigen Ausführungsbestimmungen ermächtigt.

### Bergmanns Göchterstein.

Roman von Martin Förster.

Er legte beschwichtigend die Hand aufs Herz und sprudelte einen Bericht hervor von einem nächtlichen Auftritt, bei dem eine Anzahl streikender Ungarn, die von Longholm angeführt wurden, niedergeschossen waren. Nun hatten deren Landsleute geschworen, bittere Rache an ihren Mörderen zu nehmen, zugleich auch bei dem Ausflüster, der sie ins Unglück gestürzt.

"Aber sprechen muß ich ihn," sagte Degow ratlos.

"Aber nur nicht jetzt!" warnte Connolly. "Entgehen wird er Ihnen schon nicht, da er wortslustig jedenfalls hier bleibt. Er wird gut bezahlt für seine Arbeit."

"Wenn ich ihm nur einen Zettel schicken könnte!" murmelte der junge Mann, während er nach der Tür sah, in welcher Norton Longholm stand und sich mit einem Mann unterhielt.

"Jawohl, Herr, schreiben Sie einen Zettel und warten Sie, bis einer von den Leuten hier vorbeigeht."

"Da kann ich vielleicht die ganze Nacht warten," brummte Degow verdächtlich. "Aber es wird wohl nicht anders gehen," fügte er hinzu, indem er sein Taschenbuch hervorholte und in der zunehmenden Dämmerung die folgenden Worte auf das Papier schrieb: "Gehörter Herr Longholm! Ich warte täglich vergebens. Wenn werden Sie Ihr Versprechen halten? Da Sie meine Adresse besitzen, bitte ich Sie, mir zu schreiben. Es geht Ihnen Franz Degow."

Degow fasste den kurzen Brief zusammen und fragte sich nun, wie er ihn wohl am sichersten abliefern könnte. Da bemerkte er gerade, wie Longholm mit einem seiner Genossen ins Gebäude trat. Einige Minuten später kam der Letztere wieder heraus und schritt direkt auf Degow und den Fräulein zu.

"Che der Exter! Einig war, wie er ihn antreden sollte, blieb der Mann vor ihm stehen und sagte in herausforderndem Tone: "Sind Sie der Herr, welcher Mr. Norton Longholm zu haben wünscht?"

"Ja."

### Öffentliche und Lokale Mitteilungen.

Naunhof, den 13. Februar.

#### Werblatt für den 13. Februar.

Sonnenaufgang	7 <sup>h</sup>	Mondaufgang	20 <sup>h</sup>
Sonnenuntergang	5 <sup>h</sup>	Monuntergang	6 <sup>h</sup>

1883 Richard Wagner gest. — 1892 Reichsminister Justiz gest. — 1912 Die Konstituierung der Republik China wird den Mächten angesetzt.

Zum Verkehr mit Süßigkeiten hat die Reichsbauernstelle Ausführungsbestimmungen erlassen, die sich an die im Dezember 1918 ergangene Verordnung über den gleichen Gegenstand anschließen. Es bleibt bei der bisherigen Regelung, daß Süßigkeitsbetriebe, die im Wirtschaftsjahr 1914/15 mindestens 52 Doppelzentner Zucker verarbeitet haben, von der Buder-Bürokratie für das Deutsche Süßigkeitsgewerbe in Würzburg, die anderen Süßigkeitsbetriebe von dem zuständigen Kommunalverband nach Maßgabe der von diesem erlassenen Bestimmungen mit Buder beliebt werden. Die von der Würzburger Bürokratie mit Buder beliebten Hersteller von Süßigkeiten dürfen ihre Erzeugnisse in der Regel nur an die Zwischen- und Kleinhändler abliefern, mit denen sie im Wirtschaftsjahr 1914/15 in Geschäftsbetrieb gestanden haben, und zwar nach dem Verhältnis ihrer eigenen jezähigen Buderbezüge und nach dem Verhältnis der Bezüge der Abnehmer im Wirtschaftsjahr 1914/15. Weiterhin ist vorgeschrieben worden, daß Mischungen von Waren verschiedener Preislagen in der Regel nicht vorgenommen werden dürfen und daß die Abgabe von Süßigkeiten in nicht handelsüblichen Verpackungen, s. B. in sogenannten Utrappen, Tassen usw., grundlegend nicht zulässig ist.

Naunhof. Gebühren erhöhung für Pakete. Infolge der außerordentlich starken Steigerung der Kosten des Postluft- u. Paketbestelldienstes hat sich die unabsehbare Notwendigkeit ergeben, die Gebühren für die Bestellung der Pakete bei allen Postanstalten zu erhöhen. Vom 15. Februar ab werden daher folgende Gebühren erhoben werden: Im Ortsbestellbezirk bei den Postämtern 1. Klasse für Pakete bis 5 Kilogramm einschl. 20 Pf., für schwerere Pakete 30 Pf.; bei den übrigen Postanstalten (Postämtern 2. und 3. Klasse und Postagenturen) für Pakete bis 5 Kilogramm einschl. 10 Pf., für schwerere Pakete 15 Pf. Im Landbestellbezirk für Pakete bis 2<sup>1/2</sup> Kilogramm einschl. 15 Pf., für schwere Pakete 30 Pf. Für die Einsammlung von Paketen werden erhoben: im Ortsbestellbezirk für jede Sendung ohne Rücksicht auf das Gewicht 10 Pf.; im Landbestellbezirk für Pakete bis 2<sup>1/2</sup> Kilogramm einschl. 10 Pf. und für schwere 30 Pf.

Naunhof. Von jezt ab sind im Verkehr zwischen französischem Besatzungsgebiet — ausgenommen Elsaß-Lothr. — u. unbesetztem Deutschland Postkarten in Familienangelegenheiten in französischer und deutscher Sprache zugelassen. Deutliche Angaben von Namen und Wohnung des Absenders erforderlich.

U. — Schlittenverkauf. Seitens der Militärverwaltung werden die erst ausgehobenen Personen- und Postkliniken — zum Teil in ausgebeutetem Zustande — wieder zum Verkaufe gestellt. 1 Postkliniken kostet 20—60 Mk. und 1 Personenschlitten 100—600 Mk. Kaufleute wollen sich an das Traindepot XIX, Leipzig wenden. Kriegsanleihen werden zum Nennwert in Zahlung genommen.

Über den geplanten wirtschaftlichen Wiederaufbau Sachsen machte der Arbeitsminister Schwarz einem Pressevertreter gegenüber Angaben. Wir werden, so führte er aus, sobald es die Willkür erlaubt, große Erdarbeiten vornehmen. Bei dem jetzigen Frost läßt sich das nicht machen; es würde da das Unternehmen ebenso wie die Arbeiter selbst geschädigt; denn ein stundenweises Arbeiten hat natürlich keinen Zweck. Weiter steht in Aussicht, daß in Böden auch Kanalarbeiten für den Elster-Saale-Kanal einzehen. Ferner soll der Ausbau der Eisenbahnen in Angriff genommen werden, soweit sie noch nicht viergleisig ausgebaut sind, wenigstens in dem bisher geschicklich festgelegten Maße und soweit in den früheren Eatos die grundsätzliche Zustimmung vorliegt. Größere Aufträge werden wahrscheinlich die Fabriken für landwirtschaftliche Maschinen erhalten können. In gleicher Weise werden die Feinmechanik, die Uhrenindustrie und die optische Industrie Aufträge erhalten. Des weiteren planen wir sehr umfangreiche Renovationsarbeiten an öffentlichen Gebäuden. Wie weit sich die Textilindustrie

und die Metallindustrie beleben läßt, steht allerdings dahin. In der Bauindustrie wird es sich darum handeln, inwiefern die Ziegeleien mit Kohlen beliebt werden können. Im großen und ganzen ist anzunehmen, daß die Kohlenproduktion mit Eintritt der besseren Jahreszeit einer günstigeren Regelung entgegensteht. Zurzeit kann, soweit Tagelar in Frage kommt, eine grobe Hebung der Förderung nicht eintreten, weil die Witterungsverhältnisse zu ungünstig sind. Zudem fehlt es an Unterhinstützen, an Schuhwerk und der notwendigen Bekleidung. — Über die Lebensmittelfrage bemerkte der Minister: Aller Wahrscheinlichkeit wird damit zu rechnen sein, daß die heimischen Produkte in der neuen Ernte in der Preisbildung sinkende Tendenz aufweisen.

Wie die "Dresden. Nachr." hören, hat das Kultusministerium mit der Ausarbeitung eines neuen Volksschulgesetzes begonnen. Der Entwurf des früheren Kultusministers Bach aus dem Jahre 1912 ist bekanntlich nicht gelehrt worden, da Regierung und Erste Kammer sich nicht mit der Mehrheit der Zweiten Kammer einigen konnten. Die Kämpfe von damals werden sich diesmal wohl kaum wiederholen, da jetzt eine demokratisch-sozialdemokratische Mehrheit vorhanden ist, die ohne weiteres die damals abgelehnten Wünsche durchsetzen kann. Es dürfte aber noch einige Zeit vergehen, bis die neue Vorlage der Kammer zugehen wird; denn die Arbeit besteht sich noch im Anfangsstadium.

Altkleiderbewirtschaftung durch die Gemeinden. Nach eingehenden Erörterungen hat die Reichsbekleidungsstelle auf mehrfache Anregung hin beschlossen, die Monopolstellung der Kommunalverbände bei Bewirtschaftung getragener Kleidung und Wäsche bis auf weiteres fortsetzen zu lassen. Da die Reichsbekleidungsstelle diese Angelegenheit dauernd mit Aufmerksamkeit verfolgt, um zu geeigneter Zeit eine Änderung herbeiführen zu können, sind ihr Neuerungen und Anträge der Kommunalverbände hierzu von besonderer Bedeutung. Deshalb ist es wünschenswert, daß die Kommunalverbände auf das Rundschreiben vom 10. Januar 1919 achten. Abbau der kommunalen Altkleiderbestände", soweit dies nicht schon innerhalb der dort bezeichneten Frist geschehen ist, möglichst viele und möglichst umgehende Antworten unter Darlegung der Geschäftsverhältnisse ihrer Altkleiderbestände an die Reichsbekleidungsstelle gelangen lassen. Bis zum Erloß anderweitiger Bestimmungen sind die Kommunalverbände auch weiterhin verpflichtet, die Bewirtschaftung der getragenen Kleidung und Wäsche nach den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen fortzuführen. Sie sind nicht befugt, ihre Altkleiderbestände aufzulösen. Sollte der Geschäftsbetrieb einzelner Altkleiderbestände nicht mehr nennenswert sein und die benötigten Aufwendungen nicht mehr rechtfertigen, so können die Kommunalverbände bei den zuständigen Landeszentralbehörden Zusammenlegung mit anderen Kommunalverbänden zwecks gemeinsamer Durchführung der Bewirtschaftung beantragen.

Der Jahrgang 99 kann aus wichtigen Gründen einstellen noch nicht entlassen werden. Es ist ganz selbstverständlich, daß beim Abbau nicht im Keller, sondern beim Dach angesangt werden muß. Und wie bei einem Hause, so auch im Heere, das zuerst einmal seine älteren Jahrgänge und die abrufen muß, die so und so lange im Kriegsdienst waren. Und dann ein weiteres: Im Heere gibt es noch ungeheure Werte zu betreuen — Pferde und Waffen und Gerät aller Art, die Milliarden an Nationalvermögen darstellen.

p. t. Keine Osterprüfung. Das Kultusministerium hat angeordnet, daß in Unbeacht der mannsachen Störungen des Unterrichtsbetriebes im laufenden Schuljahr die öffentlichen Prüfungen an den Volks- und Fortbildungsschulen zu Ostern d. J. wegfallen können.

Entgegen anders lautenden Meldungen soll eine Verstaatlichung der Schulbücher nicht in Frage kommen.

Die wendischen Arbeiter der sächsischen und preußischen Oberlausitz erhoffen von einem selbständigen Wendestaat nichts. Die wendischen Arbeiter betonen, daß sie mit Gewalt die Bildung eines Wendestaates verhindern wollen. Dem wendischen Volke drohe die Vernichtung, wenn es sich nicht baldig vom wendischen Nationalausschuß losagt.

phantasiepreise für Ferkel. Den hohen Saugferkelpreisen geht der Landrat in Bad Wildungen mit einem Schweineausfuhrverbot und einem Höchtpreis von 40 bis 50 Mark für 4—6 Wochen alte Tiere zu Leibe. Man hat für

Gut. Hier ist ein Brief von ihm." "Ich danke Ihnen," sagte Franz erregt, ihm das Schreiben abnehmend. "Wollen Sie ihm dies dafür geben?"

Der Mann nickte und eilte davon, und Franz erbrach den Brief und las folgendes: "Es tut mir leid, Sie gefährdet zu haben, aber ich konnte weder zu Ihnen kommen noch an Sie schreiben, da ich hier zu sehr in Anspruch genommen war. Vielleicht kann ich Sie aber heute noch sehen. Warten Sie bis Mitternacht auf mich. Wenn es möglich ist, daß ich mich hier freistehen kann, will ich Sie in Ihrer Wohnung besuchen. Wenn es nicht geht, komme ich morgen in alter Fröhlichkeit. R. L."

Mit erleichtertem Herzen begab sich Degow in seine Wohnung zurück und wartete. Aber es schlug elf, es schlug zwölf. Mitternacht ging vorüber, und der Erwartete kam nicht.

Auf neue enttäuscht mußte Franz schließlich sein Lager aussuchen. Würde ihm der folgende Tag die erhoffte Auskunft bringen?

Das warme Sonnenlicht strömte ins Fenster, als er am nächsten Morgen durch ein starkes Klopfen an der Tür geweckt wurde.

"Wer ist da?" fragte er, als er sich aufrichtete und die Augen rieb.

"Ich bin es," antwortete seine Wirtin. "Bitte, stehen Sie auf, es ist ein Herr hier, der Sie zu sehen wünscht."

Degow sprang auf, kleidete sich in großer Hast an und eilte die Treppe hinab, wo ihn die Wirtin des Hauses in ihr kleines Wohnzimmer wies.

Er trat ein in der bestimmt Vorausicht, Mr. Norton Longholm zu finden, und war nicht wenig erstaunt, als ihm ein völlig Fremder entgegentrat, ein älterer Herr mit weißem Haar und glatt rasiertem Gesicht. Er trug einen dunklen Anzug, und Franz glaubte, in ihm einen Geistlichen zu erkennen. Er stellte sich auch gleich vor als Mr. Broadford, der Prediger an der Methodistkirche der Stadt, und sagte: "Ich komme auf die Bitte eines Mannes, welcher Sie zu kennen behauptet und Sie baldigst zu sehen wünscht."

"Ist es Mr. Norton Longholm?" "Der selbe. Sind Sie bereit, mich zu ihm zu begleiten?"

Wir haben keine Zeit zu verlieren. Sie hat Ihnen etwas sehr wichtiges mitzuteilen, wie er sagt."

"Ich bin natürlich bereit, Mr. Broadford, aber was bedeutet dies alles? Warum kommt Mr. Longholm nicht zu mir? Wo ist er?"

"Im Hospital."

"Sind ihm etwas zugestochen?" fragte Franz erschrocken, als er mit seinem Begleiter das Haus verließ.

"Ja. Sie haben noch nicht gehört, was sich in dieser Nacht in der Cornhill-Mine ereignete? Eine Rotte betrunken Arbeiter, lauter Ausländer, Polen, Russen und Ungarn, griff die Wächter dort an und sprengte mehrere Gebäude mit gestohlem Dynamit in die Luft. Dabei wurden etwa zehn Menschen getötet und gefährlich verwundet."

Und Longholm befand sich unter den lebendigen?

"Ja, er liegt nun im Hospital in sehr bedenklichem Zustand. Die Kerzen sagen, daß er höchstens ein paar Tage, möglicherweise nur noch Stunden zu leben hat. Als ich gerufen wurde, gab er mir Ihre Adresse und bat mich dringend, Sie sofort zu ihm zu führen. Wir wollen die Pferdebahn benutzen, Mr. Wiedemann."

"Sagte er Ihnen, warum er mich so dringend zu sehen wünschte, Mr. Broadford?" fragte Degow, als sie in dem vorüberhenden Pferdebahnwagen saßen.

"Er sprach nicht viel, denn er litt heftige Schmerzen, aber ich verstand, daß es sich um eine Sache handelte, die sein Seelenheil betrifft."

Der Geistliche mochte einen so vertraulichermedenden Einblick, daß Franz sich unschwer entschloß, ihn in die Angelegenheit einzutragen, die ihn mit jenem Unglücksgrauen zusammengeführt. Die betrochtliche lange Fahrt gewährte hinterherrnde Zeit dazu. Als sie die Unfallstation erreichten, wo der Verletzte lag, erschien sie, daß ihm der Arzt ein schmerzstillendes Mittel gegeben, daß den Leidenden in einen beruhigenden Schlummer versetzt hatte. Franz erschrak über die Veränderung in dem Jügen des Schläfrigen. Der ganze Kopf war mit Binden umwunden, das Gesicht bleich und eingefallen wie das eines Toten

Gougerke jüngst 120 bis 140 Mark gefordert und vereinbart auch erhalten.

— Leipzig. Der Leipziger Körpersoldatenrat hat bekanntlich die Werbediäts für den Grenzschuh Ost aufgehoben. Das Generalkommando des 19. Armeekorps (Abt. Körpersoldatenrat) teilt dazu mit: „Möglichst für die ablehnende Stellungnahme ist die Tatsache, daß die angeworbenen Freiwilligen nicht für den Grenzschuh, sondern mißbräuchlich zur Admumung des Volkkunds verwendet wurden. Dab dies zu trifft, beweisen Protokolle, welche die Stellung des Generalkommandos voll und ganz rechtfertigen und dem Publikum zur Kenntnis gebracht werden.“

— Leipzig. Aus einer Villa in Leuthen wurden durch Einbruch Waren im Werthe von 15 500 Mark gestohlen.

— Oschatz. Hier wurden Freitag vormittag auf dem Bahnhof zwei Frauen abgefangen welche in ihren Tragkörben 700 gehämmerte Eier, 44 Stück Butter und 40 Pfund Quark nach Leipzig bringen wollten.

— Dresden. Die Kommission der Arbeitslosen hat dem Rat eine Menge von Forderungen unterbreitet, in denen u. a. Unterflüchtigkeiten, die über die von der Reichsregierung bestimmten Höchstfälle weit hinausgehen, verlangt wurden. Diese Forderungen wurden in Form eines Ultimatums an den Rat mit der Drohung gerichtet, daß im Falle der Ablehnung der Generalstreik ausbrechen würde. Der Rat hat aber die Forderungen trocken glatt abgelehnt.

— Im Werbauer Forst sind für über 10 000 Mark Bäume heimlich gefällt und gestohlen worden.

— Der Luchfabrikant Otto Robert Pfau aus Grimmitzschau ist wegen übermäßiger Preissteigerung beim Handel mit Damenkleiderstoffen zu einer Geldstrafe von 20 000 verurteilt und der übermäßige Gewinn von 211 025 Mk. eingezogen worden.

— Zittau. Für die Aushebung des Achtstundentags im Bergbauwesen hat sich die Handelskammer einstimmig ausgesprochen und beschlossen, eine Eingabe an die sächsische Regierung zu richten, in der sie gebeten wird, im Interesse der Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens den Achtstundentag in den sächsischen Bergwerken wieder aufzuheben.

### Börsenwirtschaft.

\* Noch immer Dienstbotennost. Um das Aufhören der Kriegsindustrie war vielfach die Hoffnung geträumt worden, daß damit die Dienstbotennost mit einem Schlag ihr Ende erreichen werde. Diese Hoffnungen sind, wie die jetzt vorliegenden amtlichen Berichte des Statistischen Reichsamts erkennen lassen, vollkommen binfällig. Nach der Statistik des reellen Arbeitsmarktes im Monat Dezember 1918 sonnte die Nachfrage nach weiblichen Arbeitskräften in der Landwirtschaft und nach Haushaltselement bei weitem nicht gebebt werden. Auch die in der Heimarbeit nachgewiesenen Verdienstmöglichkeiten wurden im allgemeinen abgelehnt. Es hat zwar eine ganz kleine Zunahme des Angebots von Haushaltsperson gegenüber dem Vorjahr stattgefunden, aber dies Angebot bleibt noch immer weit hinter dem Bedarf zurück. Auf 100 offene Stellen kamen noch den Berichten der öffentlichen Nachweise im Dezember 1918 50 Arbeitslose.

\* Die Lohnregulation der Arbeit. Infolge Rohstoffmangels wußte, wie von zuständiger Seite gefordert wird, in der letzten Woche eine Ansatz weiterer Betriebe stillgelegt werden, bevor, konnte die geplante Wiedereinrichtung der während des Krieges stillgelegten Werke aus diesem Grunde nicht erfolgen. Um einer weiteren Lohnregulation der Industrie vorzubeugen, ist es dringend erforderlich, daß die Arbeitslosen die ihnen im Haushaltselement angebotene Arbeit annehmen. Gerner können die Arbeitslosen reichlich Arbeit in der Landwirtschaft finden. Im Baugewerbe ist die Arbeit infolge des Frostes mehr eingeschränkt, auch die Rottlandarbeiter wurden durch den Umlauf der Witterung behindert. In der Metallindustrie haben Entlassungen infolge Materialmangels statt.

\* Zur Vermeidung erforderlicher Kartoffeln gibt der französische Gelehrte Professor de Roux eine neue Methode an. Zärtigt man die Kartoffeln aufzutauen, so verfaulen sie sehr rasch. Sie müssen zärtigt werden, wobei die Schicht vor Zeit zu Zeit gewendet werden muss. Die Öffentür soll etwas offen bleiben, damit der Wasserdampf abziehen kann. Wenn die Kartoffeln hart wie Holz sind, werden sie herausgenommen und luftig aufbewahrt. Zum Gebrauch werden sie gekocht. Sie werden dann salz zu Salz und sind vollkommen genießbar.

\* Forderungen der Privatbeamten. Die allgemeine Versammlung der Privatbeamten und Privatangestellten in Halle nahm eine einstimmige Entschließung an, in der die siebenjährige Arbeitsdauer, die völlige Sonntagsschluß, sechsmaliges Krankengeld und ein Mindestgehalt von 500 Mark für männliche und 225 Mark für weibliche Angestellte verlangt wird.

\* Allgemeine Tarifverhöhung der Gas-, Wasser- und Stromwerke. Wie vom Reichswirtschaftsamt bestimmt wird, wird in den nächsten Tagen eine Verordnung der Reichsregierung erscheinen, die den Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken die Befreiung verleiht, eine ihrer Gestaltungskosten entsprechende Tarifverhöhung auch da vorgesehen, wo dieser Tarifverhöhung niedrigere letzte Vertragspreise mit Gemeinden als Großabnehmern gegenüberstehen.

### Rab und Fern.

— Falsche Fünfzigmarknoten. Von den am 20. Oktober 1918 ausgesetzten neuen Fünfzigmarknoten der Reichsbank sind besonders im Westen des Reiches Fälschungen aufgetaucht, die fälschlich dadurch leicht erkennbar sind, daß die Unterschriften undeutlich und verkrümmt, zum Teil auch vermischt gedruckt sind. Bei einem Teil dieser Fälschungen (meist mit der Kontrollnummer A 001 links oben) fehlt das Wort „in“ zwischen den Wörtern „Reichsbankausgabe“ und „Berlin“, während bei dem andern Teil (meist mit der Kontrollnummer D 069) dieser Fehler befehligt ist.

\* Große Salvarsandiebstähle und Schiebungen wurden von der Militär-Polizeikommission des US-States Hannover aufgedeckt. Das Salvarsan wurde von den Dieben auf dem Wege des Schleih- und Kettenhandels in Verkehr gebracht. Die Militärkommission enttarnte lästige Mittelspersonen, darunter auch Kaufleute in Hannover, die sich an diesem Handel beteiligt hatten, und auch den Dieb. Dieser verkauft das Salvarsan mit 575 Mark für das Kilogramm. Nach wenigen Tagen erstand es ein Kaufmann, nachdem es durch zehn Hände gegangen war, für 4750 Mark. Dann sollte es zum Preise von 15 000 Mark weiterverkauft werden. Hierbei wurden aber sechs Personen, die sich in den Verdacht stellten wollten, abgefischt. Ein Teil der Diebler befindet sich in Untersuchungshaft.

\* Der dritte Band der Bismarck-Gedenkungen, dessen Erstausgabe bisher verhindert wurde, wird auch jetzt noch nicht veröffentlicht werden. Vom Vertrag der Erben Bismarcks mit dem Verlag Cotta darf er erst nach dem Tode Wilhelms II. erscheinen.

○ Beim Schlittschuhlauf in den Tod. Wie auf allen a. d. Höhe gemeldet wird, brach im Gelsenkirchen beim Schlittschuhlauf auf einem Kanal eine Anzahl Schul Kinder ein. Zwei verschwanden unter der Eisdecke und ertranken.

○ Clara v. Dindlage-Campen gestorben. Die bekannte Jugenddichterin ist 90 Jahre alt geworden und ist gestorben. Sie war eine Schwester der früher verstorbenen Emslanddichterin Emma v. Dindlage und des im vorigen Jahre abgestorbenen Romanforschertellers, Freiherrn Friedrich v. Dindlage. Von ihren Werken sind „Sammelkunst“, „Durch Jahrhunderte“ und der Roman „Ehemannswettbewerb“ zu nennen. Von ihrer Kunst des Scherenschnitts zeigt das Büchlein: „Wenn der Storch kommt.“

○ Ganz wie bei uns. „Echo de Paris“ schreibt: Augenblicklich haben wir in Paris allerhand Streiks, Urlaube? Das teure Leben. Den Arbeitern bleibt mit ihren Friedenslösungen nichts anderes übrig als zu hungern. Wunder ihr auch, daß sie sich dessen weigern? Daneben gibt es noch Leidende, die stiller sind: alle die kleinen Beamten, die kleinen Rentner, der Mittelstand liegen im Elend. Und wenn ihr gebraucht ihr Einkommen erhöht, alles ist vergebens, wenn man nicht gleichzeitig die ständig wachsende Teuerung beseitigt!“

○ Die schwere japanische Konkurrenz. Die Handelskammer von Manchester hat die Ausmerksamkeit des Baumwoll-Kontrollamts darauf gelenkt, daß der englische Ausfuhrhandel mit Baumwollwaren ernstlich von der zunehmenden japanischen Konkurrenz bedroht, und daß es große Schwierigkeiten bieten wird, die verlorenen Märkte wieder zu erobern. Das Kontrollamt hat hierauf geantwortet, daß es diese Ansicht teilt, und daß es der Frage die allergrößte Ausmerksamkeit widmen werde.

### Aus dem Gerichtssaal.

§ 24 000 Mark Geldstrafe für Kriegswucher. Wegen Kriegswuchers mit Stoffen und Wollwaren in 22 Städten wurde der Kaufmann August Ernst Schmideloff aus Potsdam vor der Strafkammer zu 24 000 Mark Geldstrafe verurteilt. Die Verhandlung ergab, daß der Angeklagte bei dem Handel mit Textilwaren ganz riesige Buchergewinne eingesteckt hatte. Wie hoch diese Gewinne waren, ging aus der Tatsache hervor, daß das Gericht Wunder für vorliegend aufnah, obwohl es dem Angeklagten neben 6 % Gewerbsunterschot noch 5 % Unternehmerlohn, 5 % Versicherungsgebühr und 5 % Reingewinn, insgesamt 21 %, zugebilligt hatte.

○ Spartausfall vor Gericht. Die Dienstagssitzung vor der 9. Strafkammer des Berliner Landgerichts, die über sieben wegen des Spartausfalls verurteilten Angeklagten verfahren sollte, gewann ein besonderes Gericht durch einen Prozeß der Verteidigung. Vor Eintritt in die Verhandlung erklärte der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Kurt Nolendorf: Ich beantrage die Aufhebung des Termins, weil die Angeklagten eine Ladung zum Termin überhaupt nicht erhalten haben, sondern aus dem Lager Gefängnis einfach vorgeführt worden sind. Das Verfahren gegen die Angeklagten in dem sogenannten Spartausfall-Prozeß muß überhaupt bestimmt erregen, denn sie werden schlechter behandelt, als es sonst der Fall ist: sie werden nicht als Unterforschungsangeklagte behandelt, sondern in das Gefängnis von Zehl geführt. Daburch wird der Verlehr mit ihrem Verteidigern erheblich erschwert, zumal auch die Vor-

teidiger im letzten Augenblick sich beispielswise erst heute früh eine Vorladung zugestellt erhalten. Das Verfahren ist ungültig. Der Verteidiger beantragt Haftentlassung. Die Anträge werden durch das Gericht abgelehnt, ebenso entscheidet sich das Gericht dahin, daß das Verfahren ordnungsgemäß sei, vertrag aber die Verhandlungen auf den 15. Februar.

○ Der Verleumder der Großindustriellen Höfken, Stünnes usw. straflos. Die vor der Strafkammer anhängig gewesene Strafsache gegen den Kölner Hubert Höfken aus Dortmund wegen verleumderischer Beleidigung der Großindustriellen Höfken und Stünnes hat ein unerwartetes Ende gefunden. Höfken hatte die Industriellen befamlich des Hochverrats, des Verbandsabschlusses mit dem Feinde wegen Übhafts der Rheinlande, und ähnlicher Straftaten beschuldigt, worauf die Beschuldigten verhaftet und nach Berlin gebracht wurden. Nachher stellte sich heraus, daß Höfken die ganze Geschichte erfunden hatte. Das Gericht kam zu folgendem Beschluss: „Das Verfahren gegen den Angeklagten wird eingestellt, da er während des Krieges dem aktiven Dienst angehört hat und seine Straftat sich als Vergehen darstellt, auf daß die Verordnung der Volksbeauftragten vom 7. Dezember 1918 Anwendung finde.“

Cloud hieß der Besitzer eines Kaffeehauses in der City von London zu Ende des 19. Jahrhunderts. Er gründete für seine Gäste ein Handelsblatt: „Cloud's Echo“, das unterdrückt wurde und Anfang des 19. Jahrhunderts als „Cloud's Bit“ wieder erschien. Das Organ diente hauptsächlich den Schiffahrtsinteressen. Später gründete sich eine Gesellschaft, die das „New Cloud's“ nannte und als Sitzpunkt der Schiffahrtsberichterstattungen galt. Die Fortsetzung ist der heutige Londoner Cloud und dieser Name übernahm auch die in anderen Ländern gegründeten Schiffslösungssysteme und Versicherungsinstitute.

### Kirchennachrichten.

Dom, Septuagint.

Naumburg. Vorm. 1/11 Uhr: Gottesdienst. — Abendmahl.  
Alzingen. Vorm. 8 Uhr: Gottesdienst. — Abendmahl. — Taufen.  
Aldersbachhain: 8 Uhr Predigtgottesdienst.

Erdmannshain: 11 Uhr Predigtgottesdienst.

### Spielplan der Leipziger Theater.

Neues Theater.

Freitag 6 Uhr: „Die Zauberflöte.“ Sonnabend 6 1/2 Uhr: „Wenn ich König wäre.“

Altes Theater.

Freitag 6 1/2 Uhr: „König Nicola.“ Sonnabend 7 Uhr: „Jugend.“

Neues Operetten-Theater.

Freitag 6 1/2 Uhr: Der Bettelstudent. Sonnabend 7 Uhr: „Die Charakteristiken.“

— Substitution: Robert Gänz. — Druck und Verlag: Ganz & Giese in Naumburg —

### Vereinigte Lichtspielhäuser Leipzigs.

Astoria Windmühlenstraße 31. Edda Lindberg im gewaltigen sensuellen Drama in 4 Akten „Die Prinzessin und der Troubadour.“ Arnold Richter in dem tollen Spiel in 3 Akten „Die Hochzeitseife.“

Coloseum Rosplatz 12—13. Doppel-Programm. Stuart Webb im neuesten sensationalen Detektiv-Aventur in 4 Akten „Lounes des Glücks“. „Doktor Zwischwod.“ Lustspiel in 3 Akten mit Albert Paulig. „Bonaparte ist komödiantischer“ Lustspiel.

— Substitution: Robert Gänz. — Druck und Verlag: Ganz & Giese in Naumburg —

Achtung! Landwirte! Wichtig!

### Kupfermotore

können nur noch aus den vorhandenen Beständen abgegeben werden, da die

— Herstellung verboten. —

### Kupfermotore

ohne Freigabeschein sind schnell zu Vorzugspreisen lieferbar.

### Aug. Deutloff, Wurzen i. Sa.

Abl. III Elektrische Licht- und Kraftanlagen :: Fernsprecher 219.

### Gesellen-Verein „Wanderlust“

Sonnabend, den 15. Februar, abends 11/8 Uhr

### Versammlung im Trompeterschlößchen.

Das Erscheinen aller Mitglieder ist erwünscht. Kollegen, welche geladen, dem Verein beizutreten, sind herzlich willkommen.

Der Vorstand.

### Achtung!

Diejenigen Hühnerhalter, welche von der Amtshauptmannschaft Grimma eine Strassverfügung über nichtabgelieferte Eier erhalten haben, werden dringend gebeten, eine gemeinsame Beschwerde, welche bis Freitag abend in „Stadt Leipzig“ ausliegt, zu unterschreiben und richtig auszufüllen, da die meisten Leute mehr Eier abgeliefert haben, wie von der Amtshauptmannschaft angegeben.

Ein Hühnerhalter.

### Geb. Schreibtisch

Zukaufengesucht:

länglich 1 Liter Ziegenmilch  
1 guterholter Gaskocher  
1 Wäscheleine, 1 Fuhr Tuch  
Braune, Weststraße 21.

für die  
Fuchs

Ergebnis  
Anzeigenp

Nr. 21.

Verkehr

Bei dem  
erforderlich,  
an auch einer  
Schaffung zu  
Hierzu wird

Für die  
einem vollum  
Vollmilchkar  
nicht vorhan  
Siege ist 3  
Wagerlich,

Werden  
so fällt für je  
geration an  
das Abbieferu

Schulgling  
Siegenhalter  
mischkarten  
entsprechende  
Durch und K

Haushalt  
wirtschaften  
1 Liter Ziegen  
von der Geme  
zuliefern. De  
bestehender Zi  
andere Stellen

Die auf d  
generell  
Ziegenmilch  
durch den  
werden.

Als milch  
Ziegenmilch  
schenken.

In Milch  
Ziegenhalter  
der Milch zur  
5 Ett. Ziegen  
Ziegenmilch  
Erzeugerpreise

Der abge  
Molkerei  
Marken der  
Verbraucher

Die Kom  
ordnung, insb  
lichen Bestim  
den Vorhofs  
ihre Abgabep  
aufliegen.

Fo. 129.

Ausführun  
ministerium

29. Januar 19

Zu III. Be  
Milchhändler

über die weite

3. In

Karten an Ver  
nicht gedeckt

unverarbeitetem

Nach der S  
tober 1918 gelt  
Amtshauptman  
Kleinhandelsb  
der Verkauf

für 1 P

1. der U

2. die S

3. die T

4. der E

Ju VI. De

Urgabe von E

gegen Abgab

Molkerei